

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten des Klubs
betreffend die
Einheitliche Bedarfserhebung zur Kinderbetreuung in Oberösterreich

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindebund ein zeitgemäßes, einheitliches und regelmäßig verpflichtend anzuwendendes System zur Bedarfserhebung der Plätze in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für Kinder ab dem 1. Lebensjahr zu entwickeln und zu implementieren.

Begründung

Die Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Plätzen in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für Kinder ab dem 1. Lebensjahr ist von entscheidender Bedeutung, um Familien bestmöglich zu unterstützen und ihnen echte Wahlfreiheit zu ermöglichen. Oberösterreich hat bereits erste Fortschritte bei der Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen gemacht, jedoch gibt es immer noch Intransparenz und Unterschiede in der Bedarfserhebung und -bewertung in den verschiedenen Gemeinden des Landes. Dies führt zu einer erschwerten Planbarkeit. Zum einen bei den Familien, zum anderen bei den Gemeinden selbst.

Einheitliche Standards und eine koordinierte Vorgehensweise bei der Bedarfserhebung sind schließlich notwendig, um sicherzustellen, dass alle Familien in Oberösterreich gerecht behandelt werden und gleichen Zugang zu Plätzen in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen haben. Entscheidend ist, dass die Bedarfserhebung auf objektiven Kriterien basiert, um die Bedürfnisse der Familien angemessen zu berücksichtigen.

Daher ist es unumgänglich, dass die Landesregierung mit den Gemeinden und relevanten Akteuren ein an die aktuellen Umstände angepasstes, standardisiertes Verfahren zur Bedarfserhebung entwickelt und mit den Gemeinden zu festgelegten Abfragezeitpunkten umsetzt. Dieses Verfahren sollte transparent sein und klare Kriterien für die Bewertung des Bedarfs enthalten, wie familiäre Situation, Arbeitszeiten der Eltern und Entfernungen zu den Betreuungseinrichtungen.

Die Ergebnisse der Bedarfserhebungen wären von der Landesregierung verpflichtend zu analysieren und bei der Planung von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in Oberösterreich zu berücksichtigen. Daraufhin sollten seitens des Landes Maßnahmen ergriffen

werden, um bestehende und aus der Erhebung ersichtliche Engpässe in den Regionen zu beseitigen und sicherzustellen, dass ausreichend Plätze für Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Über den Fortschritt bei der Umsetzung der einheitlichen Bedarfserhebung wäre von der Landesregierung dem Landtag regelmäßig Bericht zu erstatten.

Diese Einführung einer einheitlichen Bedarfserhebung zu im Vorhinein bestimmten periodischen Abständen würde einen wichtigen Beitrag zu einer gerechten und transparenten Verteilung der Kinderbetreuungsplätze leisten.

Linz, am 6. Juli 2023

(Anm.: NEOS-Fraktion)

Bammer

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Margreiter, Engleitner-Neu, Schaller, Höglinger, P. Binder, Knauseder, Heitz, Haas, Wahl, Antlinger

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Hemetsberger, Ammer, Vukajlović, Bauer